

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 16 | 2. bis 15. September 2019

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. Vorschlag über eine neue EU-Kommission

Ursula von der Leyen hat am 10. September 2019 die Kandidaten für ihr Team und die neue Struktur der nächsten EU-Kommission vorgestellt.

Das von ihr vorgeschlagene Kollegium wird mit dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Josep Borrell) acht Vizepräsidenten haben. Die bisherige EU-Kommissarin für Verbraucherschutz Věra Jourová (Tschechische Republik) wird Vizepräsidentin für Rechtsstaatlichkeit und mit dem designierten Kommissar Didier Reynders (Belgien) zusammenarbeiten. Reynders wird in der neuen EU-Kommission für „Justiz“ (einschließlich Rechtsstaatlichkeit) zuständig sein. Zu seinem Tätigkeitsbereich gehört auch der Verbraucherschutz. Reynders ist ausgebildeter Rechtsanwalt und ehemaliger Finanzminister, Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten und Verteidigungsminister.

Im nächsten Schritt muss das EU-Parlament dem gesamten Kollegium der EU-Kommission seine Zustimmung aussprechen. Dem geht eine Anhörung der designierten Kommissionsmitglieder in den zuständigen Ausschüssen des EU-Parlaments voraus. Nach dem Zustimmungsvotum des EU-Parlaments wird die EU-Kommission vom Europäischen Rat (Staats- und Regierungschefs der EU) förmlich ernannt. Die Amtszeit der derzeitigen EU-Kommission endet am 31. Oktober 2019.

„Die neue Europäische Kommission sollte die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Sie muss dafür Sorge tragen, dass die Bürger von Europa profitieren. Das geht vor allem über konsequenten

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

Verbraucherschutz. Konkret sollte Didier Reynders darauf hinwirken, dass die Europäische Kommission Verbraucher in der digitalen Welt vor Diskriminierung schützt. Wir begrüßen, dass Frau von der Leyen Herrn Reynders explizit damit beauftragt, beim Thema Künstliche Intelligenz Grundrechte und Verbraucherschutz sicherzustellen. Zudem sollte Herr Reynders auf eine Reform des Produkthaftungsrechts drängen, um Verbraucher vor Schäden durch digitale Geräte zu schützen. Und schließlich muss Europa Klimaschutz und Verbraucherschutz endlich zusammendenken. Die Verbraucher dürfen die nötigen Kosten der Klimawende nicht alleine zahlen“, so Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv).

https://ec.europa.eu/germany/news/20190910-team-struktur-von-der-leyen-kommission_de

<https://www.vzbv.de/pressemitteilung/europa-muss-verbraucherschutz-den-mittelpunkt-stellen>

2. Finnischer Vorsitz im EU-Ministerrat strebt Einigung über Verbandsklagen für Verbraucher an

Die finnische Justizministerin Anna-Maja Henriksson hat am 3. September 2019 im Rechtsausschuss des EU-Parlaments angekündigt, bis zum Jahresende eine Einigung im EU-Ministerrat über die Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher anzustreben. Das EU-Parlament hat seinen Standpunkt bereits festgelegt.

<https://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/videode?event=20190903-1430-COMMITTEE-JURI>

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Europäische Union bekräftigt Engagement für mehr Klimaschutz

Mit Blick auf den UN-Klimagipfel in New York am 23. September 2019 hat die EU-Kommission am 11. September 2019 in einer Mitteilung das Engagement der EU für mehr Klimaschutz bekräftigt. Sie unterstreicht die Vorreiterrolle, die die Europäische Union bei den globalen Klimaschutzmaßnahmen einnimmt. Die Europäische Union sei auf Kurs in Richtung einer emissionsarmen Wirtschaft, die 2050 klimaneutral werden soll, also netto keine Treibhausgasemissionen produziert. Eine ambitionierte Klimapolitik spiegele dabei auch die Meinung der Menschen in der EU wider. Das zeige eine ebenfalls am 11. September 2019 veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage. Demnach sähen 93 Prozent der Menschen in Europa den Klimawandel als „schwerwiegendes Problem“ an,

und 92 Prozent sprächen sich für eine klimaneutrale EU bis 2050 aus. 30 Prozent der Deutschen und damit mehr als doppelt so viele wie noch 2017 – sähen den Klimawandel als das schwerwiegendste Problem an, dem die Welt insgesamt gegenübersteht, noch vor Armut, Hunger und dem Mangel an Trinkwasser. Das spiegele sich auch im persönlichen Verhalten wider. So achteten in Deutschland 63 Prozent der Menschen beim Kauf von Haushaltsgeräten auf deren Energieverbrauch. Das liege deutlich über dem EU-Durchschnitt von 48 Prozent.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190911-klimagipfel-new-york-eu-klimaschutz_de

https://ec.europa.eu/clima/sites/clima/files/news/20190910_communication_en.pdf

<https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/special/surveyky/2238>

2. Europäische Bürgerinitiativen im Bereich Umwelt und Klima

Die EU-Kommission hat am 4. September 2019 beschlossen, zwei neue Europäische Bürgerinitiativen im Bereich Umwelt und Klima zu registrieren. Dabei handelt es sich um die Bürgerinitiativen „Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise“ und „Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt“. Die Organisatoren der Initiative „Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise“ fordern die EU-Kommission auf, „die EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise anzupassen, um eine maximale Erwärmung von 1,5°C nicht zu überschreiten. Dazu bedarf es ambitionierterer Ziele und erhöhter finanzieller Ressourcen für den Klimaschutz.“ Die Organisatoren der Initiative „Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt“ fordern die EU-Kommission auf, Rechtsakte vorzuschlagen, um den Einsatz synthetischer Pestizide bis 2035 allmählich zu beenden, die biologische Vielfalt wiederherzustellen und die Landwirte bei der Umstellung zu unterstützen.

Die Registrierung der Initiative zum Klimaschutz wird am 23. September 2019 erfolgen und die Registrierung der Initiative zur bienenfreundlichen Landwirtschaft am 30. September 2019. Von da an haben die Organisatoren ein Jahr Zeit, eine Million Unterschriften aus mindestens sieben EU-Mitgliedsstaaten zur Unterstützung ihres Vorschlags zu sammeln.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190904-buergerinitiativen-registriert_de

3. EU-Kommission plant System zur Bewertung der Intelligenzfähigkeit von Gebäuden

Die EU-Kommission hat am 9. August 2019 eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung des Intelligenzfähigkeitsindikators für Gebäude (SRI) eingeleitet. Der SRI soll die Fähigkeit von Gebäuden messen, energieeffiziente Systeme zur Anpassung des Betriebs der Gebäude an den Bedarf der Bewohner und des Netzes zu unterstützen. Beiträge werden bis zum 3. Oktober 2019 erbeten. Nach Abschluss der Konsultation will die Kommission auf Basis der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie einen oder mehrere delegierte Rechtsakte über ein gemeinsames System zur Bewertung der Intelligenzfähigkeit von Gebäuden erlassen.

<https://ec.europa.eu/energy/en/consultations/consultation-establishment-smart-readiness-indicator-buildings>

4. EU-Kommission konsultiert zur Evaluierung der Fluggastdatenrichtlinie

Die EU-Kommission startete am 10. September 2019 eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Richtlinie über vorab übermittelte Fluggastdaten. Bei diesen Daten handelt es sich normalerweise um aus Reisedokumenten (wie Reisepass oder Personalausweis) stammende Informationen über Reisende, die den Grenzkontrollbehörden des Bestimmungsstaats nach Schließen des Check-in von den Beförderungsunternehmen übermittelt werden. Während des Flugs führen diese Behörden eine Abfrage der Reisenden durch. Ziel der Konsultation ist es, allen Interessierten zu ermöglichen, sich zur Umsetzung der Richtlinie zu äußern. Die Frist für Beiträge endet am 3. Dezember 2019. Die Ergebnisse der Konsultation werden bei einer etwaigen Überarbeitung der Richtlinie berücksichtigt.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-5803367/public-consultation_de

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32004L0082&from=EN>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Zentralbank verschiebt Zinswende erneut

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 12. September 2019 den Leitzins bei null belassen. Banken erhalten weiterhin Zentralbankgeld („Liquidität“) zum Nulltarif. Um die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen anzukurbeln, werden Guthaben der Banken bei der EZB weiterhin mit einem Strafzins belegt. Dieser beträgt nunmehr -0,50 Prozent statt -0,40 Prozent. Die EZB dämpfte ferner die Erwartungen an eine zukünftige Zinserhöhung. Nach der Ankündigung vom Juli 2019 sollten die EZB-Leitzinsen mindestens über die erste

Hälfte des Jahres 2020 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben. Nunmehr geht der Rat der EZB davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem noch niedrigeren Niveau bleiben werden, bis das Inflationsziel von unter, aber nahe zwei Prozent erreicht ist.

Verbraucher können somit auf absehbare Zeit nicht mit einer Erhöhung der Sparszinsen rechnen. Sie müssen vielmehr befürchten, dass die Banken die Kosten für die Strafzinsen auf sie abwälzen. Ein Teil der Guthaben der Banken wird allerdings vom negativen Einlagenzinssatz befreit. Dies führt derzeit zu einer geringeren Belastung der deutschen Banken als nach dem bisherigen System. Die EZB behält sich aber vor, die Strafzinsen zu verschärfen und die Freibeträge der Banken zu senken.

Fällig werdende Staatsanleihen und andere Titel im Besitz der EZB werden noch längere Zeit nach Beginn der Erhöhung der Leitzinsen wieder angelegt. Außerdem startete die EZB ab dem 1. November 2019 ein neues Programm zum Ankauf von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren in einem monatlichen Umfang von 20 Milliarden Euro. Durch die Wiederanlage fälliger Anleihen und durch die Neuankäufe werden die Zinsen für langlaufende Anleihen gedrückt. Hiervon können Verbraucher bei Krediten für den Wohnungsbau profitieren.

Weitere Impulse für die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen sollen ab September 2019 von längerfristigen Refinanzierungsgeschäften der EZB mit drei Jahren Laufzeit ausgehen. Banken, welche die Auflagen für die Kreditvergabe an Verbraucher oder Unternehmen erfüllen, erhalten einen Rabatt bis zu einem negativen Zins von 0,50 Prozent. Dies bedeutet, dass die Banken eine Prämie in Höhe von 0,50 Prozent für ihre Kreditaufnahme erhalten können. Im Juli kündigte die EZB noch eine lediglich zweijährige Laufzeit und eine Prämie von 0,30 Prozent an.

[https://www.ecb.eu-
ropa.eu/press/pr/date/2019/html/ecb.mp190912~08de50b4d2.de.html](https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2019/html/ecb.mp190912~08de50b4d2.de.html)

2. Überarbeitete EU-Zahlungsdiensterichtlinie in Kraft

Seit dem 14. September 2019 sind alle Elemente der überarbeiteten EU-Zahlungsdiensterichtlinie (Payment Services Directive, PSD2) in Kraft. Wesentlicher Inhalt ist ein besserer Schutz vor Betrug beim elektronischen Zahlungsverkehr. Das Mittel hierfür ist die Einführung einer „starken Kundenauthentifizierung“ (Strong Customer Authentication, SCA) Die starke Kundenauthentifizierung soll eine ordnungsgemäße Identifizierung oder Authentifizierung für alle Zahlungen über 30 Euro gewährleisten. Sie erfolgt über einen Authentifizierungsprozess, der auf zwei vom Benutzer angegebenen spezifischen Faktoren basiert, z.B. einem Passwort, einem PIN-Code, einem Mobiltelefon oder einem Fingerabdruck. Banken oder Zahlungsdienstleister müssen ihre Kunden über

das neue System beraten und verbraucherfreundliche Lösungen anbieten. Außerdem sollen Verbraucher einen besseren Zugang zu innovativeren Formen von Online- und Mobilzahlungen erhalten.

Die neuen Regeln zur stärkeren Kundenauthentifizierung finden jedoch noch nicht allgemein Anwendung, da insbesondere kleinere Online-Händler mit der Umstellung im Verzug sind. Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) empfahl daher in ihrer Stellungnahme vom 21. Juni 2019 einen schrittweisen Ansatz. Die EU-Kommission fordert alle EU-Mitgliedstaaten auf, eine rasche und vollständige Umsetzung aller Vorschriften zu gewährleisten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190913-psd2-sicherheit-online-banking_de

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32015L2366&from=EN>

<https://eba.europa.eu/documents/10180/2622242/EBA+Opinion+on+SCA+elements+under+PSD2+.pdf>

3. Europäischer Gerichtshof beschränkt Widerrufsrecht bei Darlehensverträgen im Fernabsatz

Der Europäische Gerichtshof stellte am 11. September 2019 klar, dass nach der EU-Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher das Widerrufsrecht erlischt, wenn der Vertrag auf ausdrücklichen Wunsch des Verbrauchers von beiden Seiten bereits voll erfüllt wurde, bevor der Verbraucher sein Widerrufsrecht ausübt. Nach fester Rechtsprechung des deutschen Bundesgerichtshofs erlöscht in diesem Fall das Widerrufsrecht nicht. Sofern die Widerrufsbelehrung nicht ordnungsgemäß sei, habe der Verbraucher ein „ewiges“ Widerrufsrecht. Diese Rechtsprechung kann somit nicht mehr fortgeführt werden.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=217623&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13618006>

4. Europäischer Gerichtshof kippt Wohnsitzklausel für SEPA-Lastschriftverfahren

Der Europäische Gerichtshof entschied am 5. September 2019, dass die Möglichkeit, per SEPA-Lastschrift zu zahlen, nicht von einem Wohnsitz im Inland abhängig gemacht werden darf. Verbrauchern solle ermöglicht werden, für jegliche Zahlung per Lastschrift innerhalb der Europäischen Union nur ein einziges Zahlungskonto zu nutzen. Im Ausgangsfall hat der österreichische Verein für Konsumenteninformation eine Klausel in den Beförderungsbedingungen der Deutschen Bahn beanstandet, nach der die über die Website der Deutschen

Bahn getätigten Buchungen nur dann im SEPA-Lastschriftverfahren bezahlt werden können, wenn der Zahler einen Wohnsitz in Deutschland hat.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-09/cp190104de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=217481&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=12331221>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. EU-Mitgliedstaaten unterstützen Vorschlag der EU-Kommission zu Preistransparenz in der Lebensmittelversorgungskette

Im Ausschuss für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte haben sich die EU-Kommission und die EU-Mitgliedsstaaten am 11. September 2019 zum Kommissionsvorschlag zur Preistransparenz in der Lebensmittelversorgungskette ausgetauscht. Nach diesem Vorschlag sollen von den Mitgliedstaaten Informationen über die An- und Verkaufspreise im Zwischenhandel übermittelt werden. Zwar lägen bereits umfangreiche Informationen zu den Agrarmärkten (insbesondere Erzeuger- und Verbraucherpreise) vor, doch gebe es nur wenige Informationen über Märkte, die zwischen den Landwirten und den Verbrauchern operieren wie etwa die Lebensmittelverarbeitung oder der Einzelhandel. Die EU-Mitgliedstaaten unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission für mehr Preistransparenz.

Die EU-Kommission wird nun Maßnahmen für eine bessere Preisberichterstattung entlang der Lebensmittelversorgungskette annehmen. Die Maßnahmen gelten für die Sektoren Fleisch, Milcherzeugnisse, Wein, Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen, Obst und Gemüse, Olivenöl und Zucker. Die EU-Mitgliedstaaten werden die Daten der EU-Kommission übermitteln, die sie auf ihrem Agrar- und Lebensmitteldatenportal und in den EU-Marktbeobachtungsstellen bereitstellen soll. Die neuen Maßnahmen gelten ab dem 1. Januar 2021.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_19_5550

2. Europäischer Gerichtshof klärt Herkunftskennzeichnung von Champignons

Der Europäische Gerichtshof entschied am 4. September 2019, dass in Deutschland geerntete Champignons mit der Angabe „Ursprung: Deutschland“ gekennzeichnet werden dürfen, auch wenn wesentliche Produktionsschritte im Ausland stattgefunden haben. Das Ursprungsland von Kulturchampignons sei das Land ihrer Ernte, auch dann, wenn die Kulturchampignons erst drei oder weniger Tage vor der ersten Ernte ins Erntegebiet verbracht worden sind.

Im Ausgangsfall geht es um die Praxis der Prime Champ Deutschland Pilzkulturen GmbH. Die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e. V. hatte in dieser Praxis einen Fall von Verbrauchertäuschung gesehen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=DAEB24E99AC31D84B77311782A2E7A0B?text=&docid=217463&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=14422037>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Europäischer Gerichtshof kippt deutsches Leistungsschutzrecht für Presseverlage

Der Europäische Gerichtshof entschied am 12. September 2019, dass die deutsche Regelung aus dem Jahr 2013, die es Suchmaschinen untersagt, sogenannte Pressesnippets (kurze Ausschnitte oder Zusammenfassungen von Presstexten) ohne Genehmigung des Verlegers zu verwenden, nicht anwendbar ist. Der Grund sei die mangelnde Übermittlung des Gesetzgebungsvorhabens an die EU-Kommission. Es handle sich um eine Vorschrift betreffend einen Dienst der Informationsgesellschaft und somit um eine „technische Vorschrift“, deren Entwurf der EU-Kommission zu notifizieren sei. Im Ausgangsfall geht es um eine Schadensersatzklage der Verwertungsgesellschaft VG Media gegen Google wegen der Nutzung von Pressematerialien auf der automatisierten Nachrichtenseite „Google News“.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-09/cp190108de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=217670&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=13500853>

2. Europäische Union und USA bekennen sich zu konsequenter Durchsetzung der Datenschutzvorschriften

Anlässlich der dritten jährlichen Überprüfung des EU-US-Datenschutzschilds haben EU-Justizkommissarin Věra Jourová und US-Handelsminister Wilbur Ross am 13. September 2019 ihr Engagement für die Datenschutz-Regelung bekräftigt.

Der Datenschutzschild soll gewährleisten, dass die teilnehmenden Unternehmen und die zuständigen Regierungsbehörden für die personenbezogenen Daten von EU-Bürgern ein hohes Maß an Schutz gewährleisten. Seit Anwendung

der Regelung ab dem 1. August 2016 haben sich mehr als 5.000 Unternehmen rechtswirksam dazu verpflichtet, aus der Europäischen Union übermittelte Daten im Einklang mit den Grundsätzen des Datenschutzschildes zu schützen. Wie in der Regelung vorgesehen, wird das amerikanische Handelsministerium die Zertifizierung von Unternehmen widerrufen, die die strengen Bestimmungen des Datenschutzschildes nicht einhalten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_19_5563

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

EU-Satellitennavigationssystem Galileo erreicht eine Milliarde Smartphone-Nutzer

Am 10. September 2019 erreichte Galileo, das europäische Satellitennavigationssystem, erstmals eine Milliarde Smartphone-Nutzer weltweit. Seit Dezember 2016 bietet Galileo sogenannte erste Dienste an, welche genaue Ortungs-, Navigations- und Zeitsignale liefern. Fast alle Smartphone-Hersteller bieten inzwischen Chips an, die Galileo-Dienste ermöglichen. Galileo hat auch einen Such- und Rettungsdienst (Search and Rescue – SAR) bereitgestellt, wodurch sich die Zeit, die zum Orten einer Person auf See, im Gebirge oder in der Wüste benötigt wird, auf weniger als 10 Minuten verkürzt, wenn diese Person mit einem Notrufsender ausgestattet ist.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190909-satellitennavigationssystem-galileo-eine-milliarde-smartphone_de

TERMINVORSCHAU

Rat

Rat allgemeine Angelegenheiten (16. September 2019)

Vorbereitung der 40. Versammlung der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO von englisch International Civil Aviation Organization) in Montreal (26. September – 4. Oktober 2019): Informationspapier über Fluggastdatensätze (PNR); Beschlüsse, keine Einwendungen gegen Verordnungen der EU-Kommission hinsichtlich der Rückverfolgbarkeit bestimmter tierischer Nebenprodukte und Folgeprodukte und hinsichtlich Salmonellen in Reptilienfleisch zu erheben.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (16. September 2019)

Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologie.

Sonderausschuss Landwirtschaft (16. September 2019)

Aussprache über Reformpaket für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 – Strategiepläne (finanzielle Flexibilität und sektorale Interventionen).

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (16. September 2019)

Verordnung über Europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheit.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (17. September 2019)

Verordnung über die Kennzeichnung von Autoreifen.

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (18. September 2019)

Verordnung über Rechte und Pflichten der Bahnreisenden.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (18. September 2019)

Mitteilung über den VN-Klimagipfel 2019 (Informationen der Kommission).

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung“ – Kraftfahrzeuge“ (19. September 2019)

Änderung der Verordnung über die Zulassung von PKW und Lieferwagen hinsichtlich der Emissionen (Euro 5 und Euro 6) und hinsichtlich des Zugangs zu Informationen für Wartung und Reparatur.

Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie (20. September 2019)

Ein sauberer Planet für alle: Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft – verkehrspolitische Aspekte (Orientierungsaussprache).

Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie (24. September 2019)

Mitteilung über die Entwürfe der nationalen Energie- und Klimapläne mit dem Titel „Vereint für Energieunion und Klimaschutz“ (Gedankenaustausch); Der Energiesektor über 2030 hinaus: auf dem Weg zur Klimaneutralität (Gedankenaustausch); Gasversorgungssicherheit der EU im Vorfeld des Winters 2019-2020 (Informationen der Kommission); Wasserstoff-Initiative (Informationen der österreichischen Delegation).

Ratsarbeitsgruppe „Gesundheitswesen“ (25. September 2019)

Entwurf von Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Ökonomie des Wohlbefindens“.

Rat Wettbewerbsfähigkeit (26./27. September 2019)

Änderung der Verordnung über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen

(Euro 5 und Euro 6) - Informationen des Vorsitzes; Europäische Batterie-Allianz – Aufbau einer starken strategischen Wertschöpfungskette für Batterien (Informationen der Kommission); Entwicklung unserer wirtschaftlichen Basis: Vision für eine langfristige Strategie für nachhaltiges Wachstum (Orientierungsaussprache); Beschlüsse, keine Einwendungen gegen Richtlinien der EU-Kommission über die Sicherheit von Spielzeug hinsichtlich Aluminium und hinsichtlich Formaldehyd zu erheben.

Europäisches Parlament

Plenum (16. bis 19. September 2019)

Ernennung des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (25. September 2019)

Vorstellung des Binnenmarktanzeigers 2018; Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern (Abstimmung); Bessere Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften (Abstimmung).

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (25. September 2019)

Mandat für Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der EU und Japan zur Übermittlung von Passagierdaten.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (25./26. September 2019)

Bessere Rechtsetzung – Bestandsaufnahme (Mitteilung); Kraftfahrzeuge – Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen – Reparatur- und Wartungsinformationen (Änderung); Reflexionspapier „Für ein nachhaltiges Europa bis 2030“; Erschließung von Synergien zwischen verschiedenen Fahrplänen für eine Kreislaufwirtschaft (Initiativstellungnahme); Neuer institutioneller Rahmen für die Energie- und Klimapolitik der EU bis 2025; Leitlinien für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten (Mitteilung).

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für natürliche Ressourcen (16. September 2019)

Tourismus: neue Trends, Herausforderungen und Lösungen; Politische Aussprache unter Beteiligung von Vertretern der EU-Kommission, des finnischen EU-Ratsvorsitzes und von NECSTouR (Netz europäischer Regionen für wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Tourismus).

Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (19. September 2019)

Debatte mit Karmenu Vella, Mitglied der EU-Kommission, zuständig für Umwelt, Meerespolitik und Fischerei, über das 8. Umweltaktionsprogramm; Intelligente Städte: neue Herausforderungen für einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität – Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele in der Praxis (Initiativstellungnahme); Nachhaltigkeit in Stadtvierteln und Ortsquartieren – Umweltpolitik auf der subkommunalen Ebene (Initiativstellungnahme).

Europäischer Gerichtshof

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C 567/18 (19. September 2019)

Nicht erschöpfte Markenware auf Amazon-Marketplace.

Urteil in der Rechtssache C-136/17 (24. September 2019)

Entfernung von Links aus Ergebnisliste einer Suchmaschine – Sensible Daten.

Urteil in der Rechtssache C 507/17 (24. September 2019)

Entfernung von Links aus Ergebnisliste einer Suchmaschine –Territoriale Reichweite der Löschungspflicht.

Schlussanträge in der Rechtssache C 532/18 (26. September 2019)

Haftung für auf Flug umgekipptem heißen Kaffee.

Europäisches Gericht

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T 219/18 (24. September 2019)

Geschmacksmusterstreit um Motorroller.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)